

## Apotheke im Reusch schließt

**Gesundheit** Das Apothekensterben im Landkreis geht weiter. Zum 1. Januar schließt die Reusch-Apotheke.

**Göppingen.** Es ist die erste Apotheke, die Helmut Wälde in der Hohenstaufenstadt eröffnet hat. Jetzt hat sich der Senior der Göppinger Apothekerfamilie, die jetzt noch acht Apotheken in Göppingen betreibt, entschlossen, die Reusch-Apotheke in der Nördlichen Ringstraße zu schließen. Die drei Mitarbeiterinnen, die dort beschäftigt sind, würden künftig in den beiden verbliebenen Apotheken von Helmut Wälde arbeiten. Dass das Aus der Bless-You-Filiale nur bedingt damit zu tun hat, dass deren Mietvertrag zum 1. Januar ausläuft, berichtet sein Sohn Philipp Wälde. Der Göppinger Apotheker sitzt im Vorstand der Landesapothekerkammer und im Beirat des Landesapothekerverbandes und macht schon seit Jahren die seiner Ansicht nach verfehlte Bundespolitik für die Misere der Apotheken verantwortlich. Die Gründe seien überall dieselben: der Facharbeiter-Mangel, die schlechte Vergütung und die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Apotheken mache deren Überleben schwer. Im Göppinger Reusch sei das nicht anders als anderswo. Auch die Reusch-Apotheke habe sich einfach nicht mehr gelohnt, sagt Philipp Wälde. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, müssten die Einheiten größer werden.

Es ist knapp einen Monat her, da haben sich viele Apotheker aus dem Landkreis auf Wälde Initiative hin an einem Protesttag in Stuttgart beteiligt. Sie untermauerten anhand vielfältiger, konkreter Beispiele aus ihrer Praxis den Forderungskatalog des Verbandes. Konkret gehe es um die Anpassung der Honorarstruktur und den Abbau von Bürokratie. Wälde bedauerte, dass Mahnungen und Hilfescreie bei Politik und Medien kaum Niederschlag gefunden hätten. Die Apotheken würden konsequent kaputtgespart, kritisierte Wälde. Gerade

# Erst die ausbilden, die schon da sind

**Kirche** In einem Onlinegespräch der Evangelischen Akademie Bad Boll mahnen Referenten zur Versachlichung der Debatte um die Migrationspolitik. Die Menschenrechte würden zunehmend politisiert. Von Peter Dietrich

**A**us Anlass des Tags der Menschenrechte hatten vier kirchliche Organisationen gemeinsam zu einem Onlinegespräch eingeladen: Wie kann die Migrationspolitik, jenseits von platten Parolen, versachlicht werden? Rund 50 Teilnehmer hörten zu und reagierten im lebendigen Chat.

Manche Gesetze zu Kleinigkeiten scheinen ganze Bände zu füllen. Nicht so die grundlegende „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948. „Sie passt auf eine Seite“, sagte Johannes Brandstätter, Referent für migrationspolitische Grundsatzfragen bei der Diakonie Deutschland. Ihren Höhepunkt habe die Menschenrechtsbewegung in den 1990er-Jahren gehabt, mit der Weltmenschrechtskonferenz 1993 in Wien. Deutschland habe die meisten UN-Menschenrechtsvereinbarungen ratifiziert, sie hätten also als einfache Bundesgesetze Eingang ins deutsche Recht gefunden. Mit den Anschlägen vom September 2001 habe es eine Abschwächung und neue Kriege gegeben. Beim Krieg in der Ukraine sei der UN-Sicherheitsrat weitgehend unsichtbar geblieben. Die Menschenrechte würden zunehmend politisiert: Bei einem Staat würden sie vehement eingefordert, bei einem anderen Staat werde weggesehen, auch von den westlichen Staaten.

Doch wie sieht bei der Migration die deutsche Praxis aus? „Deutschland ist Einwanderungsland“, sagte Brandstätter, auch wenn viele Politiker dies lange geleugnet hätten. 15,2 Millionen Menschen in Deutschland seien im Ausland geboren, mit weiteren 6,9 Millionen hätten nur die Eltern Migrationserfahrungen. „Die Fluktuation ist groß, entscheidend ist der Saldo.“

Aktuell, so Brandstätter, weckten schnell aufeinander folgende Verschärfungen des Asylrechts hohe Erwartungen, könnten aber die wahrgenommenen Probleme nicht lösen. Parallel gebe es bei Beratung und Integration an die Substanz gehende Forderungen.



Ein Sprachkurs ist das A und O für das Ankommen in Deutschland. Die große Mehrheit der Geflüchteten habe einen Rechtsanspruch auf Schutz, sagt Nora Brezger von pro Asyl.

Foto: Giacinto Carlucci

derungszahlen, zuletzt besonders durch den Krieg in der Ukraine, den demografisch bedingten Bedarf. Darüber hinaus gehende Zuzüge müssten vor allem als humanitäre Aufgabe begründet werden, die Kirche stelle hier eine große Kraft dar.

### Meist humanitäre Gründe

Nur acht Prozent der Zuzüge nach Deutschland aus Drittstaaten erfolgten zur Erwerbstätigkeit, sagte Brandstätter, die meisten anderen aus humanitären Gründen und für den Familiennachzug. Wer es sich als Fachkraft ausgeben könne, komme nicht

den Arbeitsmarkt integriert werden, auch durch Ausbildung und Nachqualifizierung. „Wir sollten uns auf die Ausbildung derer konzentrieren, die schon bei uns sind, statt auf den Zuzug von fertig Ausgebildeten.“

Sultana Sediqi, Preisträgerin des Menschenrechtspreises 2023 von Pro Asyl, floh als Kind mit ihren Eltern aus Afghanistan und hat vor kurzem in Erfurt ihr Abitur gemacht. „In zwei Jahren in Deutschland im Flüchtlingslager habe ich meine Kindheit verloren“, sagte sie.

### Angst vor rechter Gewalt

In seiner anerkennenden Reaktion auf Sultana Sediqi verwies Brandstätter auf eine deutliche „Hierarchie in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“, je nach Herkunftsland. In den Ängsten

„In zwei Jahren in Deutschland im Flüchtlingslager habe ich meine Kindheit verloren.“

Sultana Sediqi  
Migrant\*innen-Initiative

Migration“ als problematisch, da es für Flüchtlinge gar keinen anderen Weg gebe. „Für einen Asylantrag gibt es kein Visum.“ Die große Mehrheit der Geflüchteten habe einen Rechtsanspruch auf Schutz. Viele Probleme der Überlastung von Behörden seien hausgemacht durch Pflichtzuweisungen, kurzfristige Duldungen und Arbeitsbeschränkungen.

### Abschiebung aus Altenheim?

Im Chat wurde weitere Kritik geäußert: Aktuell drohe einem Gambier die Abschiebung aus Württemberg, obwohl er einen Vollzeitarbeitsvertrag in einem

Wald. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, müssten die Einheiten größer werden.

Es ist knapp einen Monat her, da haben sich viele Apotheker aus dem Landkreis auf Wäldes Initiative hin an einem Protesttag in Stuttgart beteiligt. Sie untermauerten anhand vielfältiger, konkreter Beispiele aus ihrer Praxis den Forderungskatalog des Verbandes. Konkret gehe es um die Anpassung der Honorarstruktur und den Abbau von Bürokratie. Wäldede bedauerte, dass Mahnungen und Hilfescheine bei Politik und Medien kaum Niederschlag gefunden hätten. Die Apotheken würden konsequent kaputtgespart, kritisierte Wäldede damals. Auch im Landkreis dünne die Apothekenlandschaft zunehmend aus, unterstrich der Apotheker und nannte als Beispiel die Schließung der Apotheke in Eschenbach. *Joa Schmid*

Anzeige

**Der Göppinger Lions Adventskalender 2023**

Gewinn-Nummern für Dienstag, 19. Dezember 2023

904	100,- € in bar Ed. Züblin AG, Stuttgart
47	100,- € in bar steinhandwerk rolf hofele, Eislingen
4153	100,- € in bar Zeller+Gmelin GmbH & Co. KG, GP
3875	100,- € Einkaufsgutschein Pfeffer Blumen Süßen, Peter Nägele GmbH, Süßen
3178	Wertkarte 55,- € Parkhaus Schillerplatz, GP
1177	50,- € in bar Dr. Lang Ingenieure, GP
1190	50,- € Einkaufsgutschein Elektro Mühleis, Salach
3802	50,- € Einkaufsgutschein Stilfabrik, GP

**Herzlichen Glückwunsch!**

**Gewinn-Abholstelle:**  
Die Gewinne können gegen Vorlage des Kalenders mit der Gewinn-Losnummer bis zum 31.1.2024 in der **Schillerapotheke Göppingen, Hauptstraße 50**, abgeholt werden.

Doch wie sieht bei der Migration die deutsche Praxis aus? „Deutschland ist Einwanderungsland“, sagte Brandstätter, auch wenn viele Politiker dies lange geleugnet hätten. 15,2 Millionen Menschen in Deutschland seien im Ausland geboren, bei weiteren 6,9 Millionen hätten nur die Eltern Migrationserfahrungen. „Die Fluktuation ist groß, entscheidend ist der Saldo.“

Aktuell, so Brandstätter, weckten schnell aufeinander folgende Verschärfungen des Asylrechts hohe Erwartungen, könnten aber die wahrgenommenen Probleme nicht lösen. Parallel gebe es bei Beratung und Integration an die Substanz gehende Kürzungen.

**„Vorgeschobenes Problem“**

Migration sei großenteils ein vorgeschobenes Problem, das andere, tiefere Probleme verdecke. Dazu gehörten unzureichend ausgestattete Schulen und Kitas, die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie Stillstand und Bürokratie in vielen Bereichen des Alltags.

Bei niedriger Geburtenquote und Zuwanderung gehe es Deutschland viel besser als ost- und südosteuropäischen Ländern mit Geburtendefizit und Abwanderung. Damit das Arbeitskräfteangebot bis 2060 nahezu konstant bleibe, brauche es laut Bundesagentur für Arbeit eine jährliche Nettozuwanderung von 400 000 Menschen. Allerdings ließen sich angesichts aktueller Zahlen weitere Zuzüge zurzeit nicht mehr mit der Demografie, sondern nur humanitär begründen. Bereits seit 1990 überstiegen die Zuwan-

derungszahlen, zuletzt besonders durch den Krieg in der Ukraine, den demografisch bedingten Bedarf. Darüber hinaus gehende Zuzüge müssten vor allem als humanitäre Aufgabe begründet werden, die Kirche stelle hier eine große Kraft dar.

**Meist humanitäre Gründe**

Nur acht Prozent der Zuzüge nach Deutschland aus Drittstaaten erfolgten zur Erwerbstätigkeit, sagte Brandstätter, die meisten anderen aus humanitären Gründen und für den Familiennachzug. Wer es sich als Fachkraft aussuchen könne, komme nicht

**„Verschärfungen des Asylrechts wecken Erwartungen, können aber die Probleme nicht lösen.“**

**Johannes Brandstätter**  
Diakonie Deutschland

bevorzugt nach Deutschland. Das Land sei im internationalen Wettbewerb nicht sonderlich attraktiv. Brandstätter plädierte dafür, die reguläre Einwanderung zu Ausbildungszwecken zu fördern, und zwar bevorzugt aus Ländern mit vielen jungen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt ihrer Herkunftsländer keine Chance haben. Die Diakonie Württemberg sei mit ihrem Projekt zur Pflegeausbildung ein hervorragendes Vorbild.

Asylsuchende mit Aufenthaltsperspektive sollten schneller in

den Arbeitsmarkt integriert werden, auch durch Ausbildung und Nachqualifizierung. „Wir sollten uns auf die Ausbildung derer konzentrieren, die schon bei uns sind, statt auf den Zuzug von fertig Ausgebildeten.“

Sultana Sediqi, Preisträgerin des Menschenrechtspreises 2023 von Pro Asyl, floh als Kind mit ihren Eltern aus Afghanistan und hat vor kurzem in Erfurt ihr Abitur gemacht. „In zwei Jahren in Deutschland im Flüchtlingslager habe ich meine Kindheit verloren“, sagte sie.

**Angst vor rechter Gewalt**

Anders als es die Politik darstelle, seien Sammelunterkünfte nicht alternativlos. Gerade im Osten stünden Wohnungen leer. In Erfurt lebten Geflüchtete stets in Angst vor rechter Gewalt. Sie beklagte die „menschenunwürdigen Zustände im Flüchtlingslager Moria“ und den „Tod von unschuldigen Menschen in internationalen Gewässern“. Ein gemeinsames europäisches Asylsystem führe zu einer Einigung auf niedrigeren Standards. „Am Tag der Menschenrechte sollten wir nicht feiern, sondern trauern.“

Beim Sammeln von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen erwartet sie „ein Moria 2.0 an der brandenburgischen Grenze zu Polen“. Abschreckung funktioniere nicht: „Die Menschen werden weiterhin fliehen, auf immer gefährlicheren Routen.“ Es sei falsch, das Versagen der Sozialpolitik über Jahrzehnte, etwa beim Wohnraum, auf dem Rücken der Geflüchteten auszutragen.

In seiner anerkennenden Reaktion auf Sultana Sediqi verwies Brandstätter auf eine deutliche „Hierarchie in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“, je nach Herkunftsland. In den Ängsten

**„In zwei Jahren in Deutschland im Flüchtlingslager habe ich meine Kindheit verloren.“**

**Sultana Sediqi**  
Migrant\*innen-Initiative

vor einem allgemeinen Sozialabbau müsse auf die Ängste und Bedürfnisse von allen Menschen, nicht nur der Geflüchteten, eingegangen werden.

Nora Brezger von Pro Asyl sieht den Begriff der „irregulären

**„Jeder und jede ist jemand“**

**Debatte** „Jede/r ist jemand“ - Wie können wir die Debatte zur Migrationspolitik versachlichen? Zum Onlinegespräch unter dieser Überschrift eingeladen hatten die Evangelische Akademie Bad Boll, Pro Ökumene, die Evangelische Mission in Solidarität und der Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung (DIMOE) der Evangelischen Landeskirche.

**Ängste** Ausgangspunkt von Vortrag und Diskussion: Die Migrationsdebatte werde zunehmend emotional geführt und politisch oftmals missbraucht, indem diffuse Ängste vor Zuzug geschürt würden. Aus Regierung und Opposition komme die Forderung, „irreguläre“ Migration zu unterbinden und in großem Maß Geflüchtete ohne Bleiberecht abzuschieben.

Foto: Giacinto Carlucci

Migration“ als problematisch, da es für Flüchtlinge gar keinen anderen Weg gebe. „Für einen Asylantrag gibt es kein Visum.“ Die große Mehrheit der Geflüchteten habe einen Rechtsanspruch auf Schutz. Viele Probleme der Überlastung von Behörden seien hausgemacht durch Pflichtzuweisungen, kurzfristige Duldungen und Arbeitsbeschränkungen.

**Abschiebung aus Altenheim?**

Im Chat wurde weitere Kritik geäußert: Aktuell drohe einem Gambier die Abschiebung aus Württemberg, obwohl er einen Vollzeitvertragsvertrag in einem Altenheim besitze und dort dringend gebraucht werde. Die EU-Außenwirtschaftspolitik produziere Fluchtgründe, deutsche Rüstungsexporte befeuerten Kriege in aller Welt - die zu neuer Flucht führten.

**Schutz** Die Veranstalter nahmen das 75-jährige Bestehen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Anlass, an die völkerrechtlichen Grundlagen zu erinnern. „die bis heute zur Achtung der Rechte von Migrant\*innen und Asylsuchenden verpflichten. Das Dokument leitete eine fundamentale Wende in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte ein.“

**So ist's richtig Beleuchtung nicht das Problem**

**Geislingen.** In der Montagsausgabe berichteten wir über die Haushaltsdebatte des Geislinger Gemeinderats. Im Beitrag zitierten wir den Fraktionschef der SPD, Thomas Reiff, mit den Worten „Das Hauptleiden der Fuzo ist die mangelhafte Ausleuchtung.“ Tatsächlich sagte Thomas Reiff: „Das Hauptleiden der Fuzo ist nicht die mangelhafte Ausleuchtung.“ Ebenso nannten wir Ludwig Kraus als Gemeinderatsmitglied mit Vornamen Dieter. Wir bitten, die Fehler zu entschuldigen. *jek*

**Unfallflucht Zeugin notiert Kennzeichen**

**Geislingen.** Dank einer Zeugin hat die Polizei eine 50-Jährige ermittelt, die für einen Unfall am Sonntag in der Laufenstraße verantwortlich war, danach aber flüchtete. Die 50-Jährige stieß gegen 12.30 Uhr mit ihrem schwarzen Audi beim Rangieren gegen einen geparkten weißen Audi. Dadurch wurde das linke Heck zerkratzt. Eine Zeugin hatte den Unfall beobachtet und die Polizei informiert. Am schwarzen Audi entstand ein Schaden von 900 Euro, jener am weißen ist noch unklar.



**Vertretung ist leicht zu merken**

**Vergessliche Mitarbeiter,** die sich keinen Namen merken können, werden sich freuen, wenn sie nur einen Namen pauken müssen. Der kleine Unterschied ist in der schwäbischen Aussprache kaum bemerkbar und auch in der Telefonliste sind die Nachnamen eng beieinander. Der fürsorgliche Arbeitgeber ist in diesem Fall der Landkreis. Die Notiz hängt an einer Einrichtung des Kreises. *dgr/Foto: dgr*

**Unfall Zu schnell auf kurviger Strecke**

**Wiesensteig.** Ein 18-Jähriger verursachte am Sonntag einen Unfall. Der VW-Fahrer war gegen 14.15 Uhr zwischen Wiesensteig und Neidlingen auf der unübersichtlichen Strecke bergauf unterwegs und überholte zwei Autofahrer. Der zweite Überholvorgang endete kurz vor einer scharfen Rechtskurve. Da er zu schnell war, geriet er auf die Gegenfahrspur und streifte den VW-Golf eines 78-Jährigen. Schaden: 20 000 Euro. Die Polizei ermittelt wegen Straßenverkehrsfähigung.